

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/022(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 14.09.2012	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:45Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung

Nichtöffentliche Sitzung

Information zur Ausschreibung eines Erbbaurechtes
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

I0147/12

Vorstellung von Konzepten zur Nachnutzung der Hyparschale

Öffentliche Sitzung

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20. 07. 2012 - öffentlicher Teil

- 4 Anträge
- 4.1 Anpassung der Personalkosten bei freien Trägern gemäß TVöD Jugendhilfeausschuss A0076/12
- 4.1.1 Anpassung der Personalkosten bei freien Trägern gemäß TVöD
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit S0219/12
- 4.2 Einsatz gemeinsames Streifenfahrzeug von Polizei und Stadtordnungsdienst (Lärmwagen)
Fraktion CDU/BfM A0073/12
- 4.2.1 Einsatz gemeinsames Streifenfahrzeug von Polizei und Stadtordnungsdienst (Lärmwagen)
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung S0211/12
- 4.3 Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD-future!, CDU/BfM, DIE LINKE/Tierschutzpartei A0072/12
- 4.3.1 Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung S0227/12
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Mitgliedschaft in der Max-Planck-Gesellschaft
BE: Oberbürgermeister DS0256/12
- 5.2 Auswirkungen der Tarifabschlüsse vom 31.03.2012 auf den Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung I0122/12
- 5.3 Interkommunale Zusammenarbeit
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung I0174/12
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Vertreter

Stadträtin Helga Boeck

Stadtrat Jens Hitzeroth

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Andreas Schumann

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 20. 07. 2012 - öffentlicher Teil

Auf Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der für die Niederschrift avisierten Anlagen informiert die Teamleiterin 3 im BOB Frau Dr. Ignatuschtschenko, dass diese Anlagen im Ratsinformationssystem der Sitzung vom 20. 07. 2012 beigefügt sind und dort eingesehen werden können.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper trifft die **Festlegung**, dass zukünftig Anlagen zur Niederschrift auch der Sitzung beigefügt werden, in welcher die Niederschrift bestätigt wird.

Die Niederschrift der Sitzung vom 20. 07. 2012 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Anträge

4.1. Anpassung der Personalkosten bei freien Trägern gemäß TVöD Vorlage: A0076/12

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning teil.

Erläuternd führt der Beigeordnete Herr Brüning aus, dass dieser Antrag nach den tariflichen Erhöhungen sowie nach dem Beschluss zur Amortisierung von FAG-Mindereinnahmen gestellt wurde.

Er legt dar, dass für das laufende Jahr 2012 keine Mittel zur Verfügung stehen, aber im kommenden Jahr die Mittelbereitstellung leistbar sei.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, informiert über die Diskussion des Ausschusses FG zum Antrag und die hier getroffene Aussage des Amtsleiters des Jugendamtes, dass entgegen der Darlegung in der Stellungnahme der Verwaltung, der Mehrbedarf mit 6000 Euro berechnet wurde und zur Verfügung gestellt werden kann.

Der Beigeordnete Herr Brüning verweist darauf, dass die Stellungnahme der Verwaltung vom Amtsleiter des Jugendamtes selbst erarbeitet wurde. Im Jugendhilfeausschuss wurde Übereinkunft erzielt, wie die Amortisierung umgesetzt werden kann. Er verweist darauf, dass im laufenden Verfahren durch den Stadtjugendring der Antrag auf Tarifierfassung eingereicht wurde.

Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung macht er auf die Aussage des Dezernates II aufmerksam, dass die erforderlichen Mittel für 2012 nicht zur Verfügung stehen. Ebenso sei auch die Deckungsquelle nicht geklärt.

Die im Ausschuss getroffene Aussage des Amtsleiters ist ihm nicht bekannt.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-future!, informiert, dass auf Grund der Aussage des Amtsleiters dem Antrag einstimmig zugestimmt wurde. Er legt dar, dass nach Aussage des Amtsleiters bei einzelnen Projekten die Mittel nicht ausgeschöpft werden und damit die Finanzierung erfolgen kann.

Im Weiteren verweist er auf gesetzliche Regelungen (§ 74 SGB VIII), wonach bei der Ausführung gleichartiger Aufgaben der Jugendhilfe durch Freie Träger Mitarbeiter Anspruch auf gleiche Bezahlung haben. Er hält es für bedenklich, wenn seitens der Stadt Freie Träger abgekoppelt werden, indem weniger gezahlt wird.

Er plädiert dafür, dem Antrag zuzustimmen und sieht es als sicher an, dass dies auch so dem Protokoll des Ausschusses FG zu entnehmen ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass die geschilderte Sachlage dahingehend geprüft werden muss, ob Mittel tatsächlich übrig sind. Bisher bestand die Aussage des Amtsleiters, dass die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind.

Insbesondere verweist er darauf, dass sich die Rechtsgrundlage auf Grund unterschiedlicher Tarifverträge bei jedem Freien Träger anders darstellt.

Klarstellend informiert der Beigeordnete Herr Brüning über den bestehenden Grundsatz, max. 90 % der Personalkosten bei Freien Trägern zu finanzieren. Jeder Freie Träger könne einen Antrag auf Tarifierfassung stellen, muss jedoch den Nachweis hinsichtlich des Tarifvertrages erbringen.

Klarstellend führt er aus, seitens des Amtsleiters nicht informiert worden zu sein, dass bestimmte Projekte ihre finanziellen Mittel nicht ausschöpfen. Er sagt zu, die Unstimmigkeit der getroffenen Aussagen zu klären.

Wenn falsche Aussagen getroffen wurden, dann entschuldige er sich vor den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bekräftigt die Aussage hinsichtlich der Übernahme der 90%igen Finanzierung der Personalkosten durch die Stadt entsprechend des Tarifvertrages des jeweiligen Trägers.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wirft die Frage auf, ob die Finanzierung aus dem Budget des Jugendamtes erfolgen kann oder ob hierzu zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Er informiert über die Aussage des Amtsleiters des Jugendamtes, dass im Jahr 2013 Streichungen bei Projekten vorgenommen werden. Er spricht sich dafür aus, die Budgetthematik im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2013 zu diskutieren.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, dass die erforderliche Prüfung bis zur Sitzung des Stadtrates am 04. 10. 2012 erfolgen wird. Er nimmt die Aussage hinsichtlich noch zur Verfügung stehender Mittel zur Kenntnis.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future!, legt dar, der Diskussion entnommen zu haben, dass grundsätzlich Einigkeit darüber besteht, Tarifsteigerungen auch bei Freien Trägern Rechnung zu tragen. Voraussetzung dafür ist die Erbringung des Nachweises zur Verwendung der Gelder. Diese Prüfung muss die Stadt vornehmen. Er führt aus, dem Antrag zustimmen zu können, wenn diese Voraussetzungen vorliegen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, regt an, den Antrag nochmals im Ausschuss FG am 26. 09. 2012 zu beraten.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, wenn im Ergebnis der Prüfung festgestellt wird, dass die erforderlichen Mittel vorhanden sind, dann kann der vorliegende Antrag beschlossen werden. Sind die Mittel nicht vorhanden muss ein Beschluss gefasst werden, zusätzliche Mittel bereitzustellen für 2012.

Ebenso legt er seine Auffassung dar, dass die Mittel zur Verfügung gestellt werden können, wenn sie im Budget des Jugendamtes vorhanden sind. Er unterbreitet den Vorschlag, den vorliegenden Antrag dahingehend zu ändern, dass die Deckung der Mittel aus dem Budget des Jugendamtes erfolgt.

Hinweis: Die Änderung wird als Änderungsantrag A0076/12/1 des Verwaltungsausschusses im Stadtrat am 04. 12. 2012 vorgelegt:

„Im Beschlusstext ist der letzte Satz wie folgt zu ersetzen:

Die Deckung erfolgt aus dem Budget des Jugendamtes der Stadt Magdeburg.“

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0076/12 des Jugendhilfeausschusses unter Beachtung des Änderungsantrages des Verwaltungsausschusses zu beschließen.

4.1.1. Anpassung der Personalkosten bei freien Trägern gemäß TVöD Vorlage: S0219/12

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0219/12 zur Kenntnis.

4.2. Einsatz gemeinsames Streifenfahrzeug von Polizei und
Stadtordnungsdienst (Lärmwagen)
Vorlage: A0073/12

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass sich ausführlich mit dem Anliegen des Antrages auseinandergesetzt wurde. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass eine Umsetzung der Maßnahme möglich wäre, derzeit aber die Rahmenbedingungen dafür nicht günstig sind. So werden seitens des Landes die Anforderungsbedingungen nicht anerkannt und die finanzielle Ausstattung verweigert, die für diese zusätzliche Aufgabe erforderlich ist.

Im Weiteren führt er aus, dass die Maßnahme „Lärmwagen“ als falsches Signal gegenüber der Polizei betrachtet wird und sieht hier die Gefahr, die Polizei könne die Maßnahme zum Anlass nehmen, sich aus dem Verantwortungsbereich der Lärmbeschwerden zurückziehen.

Herr Platz informiert, dass in diesem Sinn so im Ausschuss KRB diskutiert wurde und sich die einbringende Fraktion der Stellungnahme der Verwaltung anschließen konnte. Er führt aus, dass der Ausschuss einen Änderungsantrag dahingehend eingebracht und abgestimmt habe, die Prüfung in Zusammenarbeit mit dem Land vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass es in der Konsequenz darum geht, durch das Land schrittweise Aufgaben auf die Kommunen zu übertragen. Er verweist darauf, dass die Stadtverwaltung noch nie nachts gearbeitet habe und nach diesem System ein 24-Stunden-Dienst eingerichtet werden müsste. Er wirft die Frage auf, warum der Einsatz gemeinsam mit der Polizei geführt werden muss, wenn dies tatsächlich die Aufgabe einer Kommune sei.

Insbesondere verweist er darauf es kategorisch abzulehnen, Polizeiaufgaben durch die Stadt Magdeburg zu übernehmen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, legt seine Auffassung dar, realistisch betrachtet davon ausgehen zu müssen, dass sich die Polizei schrittweise aus dem öffentlichen Raum zurückzieht und versucht wird, bestimmte Aufgaben der Stadt zu übertragen. Aus seiner Sicht bestehe Einigkeit über die Maßnahme und er wirft die Frage auf, ob zugelassen werden soll, dass die öffentliche Ordnung gefährdet wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist nochmals darauf, dass es sich hier um eine Landesregelung handelt und Magdeburg die einzige Stadt wäre, die solch eine Maßnahme durchführt. Fraglich sei auch, wie die Finanzierung erfolgen soll.

Hinweis: Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, verlässt die Sitzung.

Stadtrat Schuster, FDP-Fraktion, bezeichnet das Anliegen des Antrages der Fraktion CDU/BfM zwar als richtig, aber es könne nicht sein, dass die Stadt mit wenig finanziellen Ressourcen Polizeiaufgaben übernimmt. Er unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future!, erklärt, die Auffassung der Verwaltung mittragen zu können und dass es sich bei der Problematik der Lärmbeschwerden nicht um eine Notsituation handle.

Der Beigeordnete Herr Platz führt abschließend aus, dass nur mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung und den rechtlichen Rahmenbedingungen eine entsprechende Qualifizierung des SOD erfolgen könnte.

Zum Vorschlag des Oberbürgermeisters, sich der Intention des Änderungsantrages des Ausschusses KRB anzuschließen, verweist Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, darauf, dass dieser nicht zur Abstimmung steht.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0073/12 nicht zu beschließen.

4.2.1. Einsatz gemeinsames Streifenfahrzeug von Polizei und
Stadtordnungsdienst (Lärmwagen)
Vorlage: S0211/12

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0211/12 zur Kenntnis.

4.3. Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse
Vorlage: A0072/12

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Einführend sieht es der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper als fraglich an, ob klar definiert sei, welche Aufgaben den einzelnen Ausschüssen zugeordnet wurde. Klar sei, dass Angelegenheiten z.B. des Ausschusses StBV nicht in einem anderen Ausschuss behandelt werden. Er sieht den Bedarf, die Aufgabenzuordnung klarer zu definieren.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert, sich im Ausschuss KRB für die Vorbereitung einer Änderung der Hauptsatzung ausgesprochen zu haben. Er sieht es als unstrittig an, dass der vorliegende Antrag sowohl im Ausschuss KRB als auch im Verwaltungsausschuss beraten wird. Dass der Antrag auch in anderen Ausschüssen diskutiert wurde bezeichnet er als Beispiel dafür, dass eine klare Definition der Aufgaben erfolgen sollte. Herr Platz informiert, dass kein Verwaltungsmitarbeiter an der Beratung des Antrages in anderen Ausschüssen teilnehmen wird, da diese Ausschüsse nicht zuständig sind.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future!, bezeichnet die Ausführungen in der Stellungnahme der Verwaltung als satzungskonform und spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, verweist klarstellend darauf, dass seine Fraktion den interfraktionellen Antrag nicht mit trägt.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, führt aus, dass es zu dieser Thematik unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt. Er sieht es auch als ärgerlich an, wenn in Ausschüssen Themen behandelt werden, für die sie nicht zuständig sind und hält eine Klarstellung in der Hauptsatzung für gut.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist darauf, dass das Selbstbefassungsrecht im Rahmen der den Ausschüssen übertragenen Kompetenzen bereits Bestand hat. Ein diesbezügliches Schreiben des Rechtsamtes aus dem Jahr 2003 wurde missverstanden. Wichtig sei die Aussage hinsichtlich des Rahmens der übertragenen Zuständigkeiten.

Abschließend legt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper dar, dass für das Jahr 2013 versucht wird, die Hauptsatzung zu überarbeiten und entsprechend der Aufgabenzuordnung zu konkretisieren. Als wichtig sieht er auch, die Zusammenlegung von bestimmten Ausschüssen zu diskutieren.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den interfraktionellen Antrag A0072/12 zu beschließen.

4.3.1. Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse Vorlage: S0227/12

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0227/12 zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Mitgliedschaft in der Max-Planck-Gesellschaft Vorlage: DS0256/12

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache und bittet um Zustimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0256/12 in seiner Sitzung am 04. 10. 2012 zu beschließen.

5.2. Auswirkungen der Tarifabschlüsse vom 31.03.2012 auf den Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: I0122/12

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen Erläuterungen zur Information verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass die Tarifierhöhungen für den laufenden Haushalt eine Anhebung der Konsolidierungsleistungen auf 5,3 Mio Euro bedeutet. Nach derzeitigem Stand könne durch personalwirtschaftliche Maßnahmen ein Teil (ca. 50 %) davon realisiert werden. Für die Deckung der restlichen erforderlichen Mittel wird mit großer Wahrscheinlichkeit im IV. Quartal eine überplanmäßige Ausgabe zu beantragen sein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper ergänzt, dass es hinsichtlich der Beamten noch keine Festlegungen gibt.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der Einbeziehung der Mehrkosten in den Haushalt 2013 informiert Herr Platz, dass im ersten Ansatz Personalkosten in Höhe von 123 Mio Euro errechnet wurden. Im Ergebnis nochmaliger Prüfungen wurde im Haushaltsplan eine Summe von 118 Mio Euro eingestellt. Diese Reduzierung ergibt sich aus der Herausnahme der Kosten für Beamte. Herr Platz sagt zu, detaillierte Erläuterungen hierzu im Rahmen der Haushaltsdiskussion zu geben.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-future!, sieht bei der Finanzierung der Tarifierhöhungen einen Zusammenhang zur Personalkostenanpassung bei Freien Trägern und legt seine Auffassung dar, dass hier gleiche Rechtsgrundlagen gelten.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass Freie Träger keine vertraglichen Vereinbarungen geschlossen haben, dass tarifliche Erhöhungen sofort übernommen werden müssen. In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Stage hinsichtlich der Situation der Eigenbetriebe informiert der Oberbürgermeister, dass außer dem Eigenbetrieb KGM alle anderen Eigenbetriebe eigene Tarifverträge abgeschlossen haben.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der Anzahl offener Stellen per 30. 12. verweist der Beigeordnete Herr Platz, dass die Anzahl derzeit noch nicht bekannt sei und sagt zu, regelmäßig zur Thematik zu informieren.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.3. Interkommunale Zusammenarbeit Vorlage: I0174/12

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-future!, nimmt Bezug auf die Behandlung der Thematik Verkehrsüberwachung im Ausschuss KRB und wirft die Frage auf, warum dies nicht durch die Kommune machbar sei und zu welchem Ergebnis der Ausschuss KRB gekommen ist.

Der Beigeordnete Herr Platz bestätigt, dass es tatsächlich derartige Überlegungen gegeben habe, die im Ausschuss KRB vorgetragen wurden. Anlass hierfür war eine Anforderung aus Pechau für eine selbständige Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen.

Organisatorisch und personalwirtschaftlich bestehen hierzu jedoch noch einige offene Fragen. Ein wirtschaftliches Ergebnis hänge auch davon ab, mit welchen Geräten gearbeitet wird. Pilotweise soll zunächst mit transportablen Geräten, welche auf Leasingbasis beschafft werden, gearbeitet werden.

Herr Platz verweist darauf, dass dies ein Thema sei, bei dem die Richtigkeit der Durchführung zum jetzigen Zeitpunkt fraglich sei. Die Verwaltung habe sich jedoch für eine Durchführung ausgesprochen und seitens des Oberbürgermeisters werden entsprechende Gespräche mit dem Innenministerium geführt.

Im Ausschuss KRB wurde sich für eine Beteiligung des Stadtrates ausgesprochen.

Insbesondere verweist Herr Platz darauf, dass noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde.

Ergänzend legt der Oberbürgermeister dar, dass die zusätzliche Übernahme von Aufgaben der Verkehrsüberwachung kostendeckend für die Stadt sein müsse und Bedingung sei, dass sich die Polizei hierbei nicht zurückzieht.

Insbesondere verweist er darauf, dass eine Entscheidung zur Durchführung der Maßnahme nicht in Zuständigkeit des Stadtrates liege, da es sich um eine ordnungsrechtliche Maßnahme handelt. Hinsichtlich der erforderlichen Finanzierung ist jedoch eine Beschlussfassung des Stadtrates herbeizuführen.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, verweist darauf, dass sich der Salzlandkreis aus dieser Maßnahme zurückgezogen habe, da es sich für den Landkreis nicht gerechnet habe. Er bittet darum, die erforderlichen finanziellen Aufwendungen genau zu prüfen.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters sprechen sich Vertreter der Fraktionen CDU/BfM, Bündnis 90/Grüne, SPD-future! und DIE LINKE/Tierschutzpartei für die Maßnahme aus. Seitens der FDP-Fraktion erfolgt eine Ablehnung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

A. Behne
Schriftführerin